



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner** und **Fraktion (AfD)**

Bürger schützen – Klimaextremismus verurteilen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die von der Gruppierung „Letzte Generation“ und assoziierten Gruppierungen wie „Scientist Rebellion“ verübten Anschläge auf Eigentum, Leib und Leben als extremistische Anschläge.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein ressortübergreifendes Konzept für einen umfassenden Aktionsplan gegen weitere ökoextremistische Anschläge zu erarbeiten. Die mit der Strafverfolgung beauftragten Behörden sollen prüfen, ob die Beteiligten an derartigen Anschlägen auch wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129 Strafgesetzbuch) verfolgt werden können. Vorfeldorganisationen sollen, soweit sie vereinsrechtlich organisiert sind, konsequent verboten, deren Finanzierung überprüft und sämtliche Geldflüsse gestoppt werden. Der Einsatz polizeilicher Ressourcen soll gemäß des Aktionsplans priorisiert werden. Darüber hinaus sollen die Kommunen rechtlich darin unterstützt werden, den entsprechenden Organisationen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen konsequent zu verwehren.

Begründung:

Seit einigen Monaten verüben deutschlandweit immer wieder Gruppierungen, die sich im strukturellen Umfeld der Vereinigung „Letzte Generation“ gebildet haben, Anschläge auf öffentliche und private Einrichtungen.¹ Sie blockieren Straßenzüge, verursachen erhebliche Beschädigungen der Verkehrsinfrastruktur² und hindern selbst Rettungskräfte am Fortkommen, infolgedessen mindestens eine Person bereits ums Leben kam.³ Auch Kunststeinrichtungen und private Geschäftsräume gehören zu den „bevorzugten“ Zielen dieser Gruppierungen.⁴

Schließlich handelt es sich aber um keine sporadischen und spontane Einzeltaten: Angesichts zahlreicher Anschläge ähnlicher Art ist davon auszugehen, dass es sich bei den Gruppierungen um kriminelle Vereinigungen handelt, die personell, finanziell und ideologisch ein gemeinsames Netzwerk bilden, die den öffentlichen Frieden und die öffentliche Sicherheit insgesamt in erheblichem Maße gefährden. Mit ihren extremistischen Handlungsmustern demonstrieren die Gruppierungen zudem, dass sie den Rechtsstaat zutiefst ablehnen.

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/klimaprotest-109.html>; <https://www.ksta.de/podcast/wochentester/letzte-generation-klima-aktivisten-wollen-proteste-ausweiten-371909?cb=1668757047646>

² <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/11/blockade-flughafen-ber-privatjet-terminal-scientist-rebellion.html>

³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/protest-der-letzten-generation-wie-gefahrlich-sind-die-klima-blockaden-8821660.html>

⁴ <https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/muenchen-scientist-rebellion-bmw-polizei-milberthofen-aktivisten-kleber-festgeklebt-91883598.html>

Von Teilen der grünen Medien und Politik werden die Mitglieder dennoch weiterhin als „Aktivisten“, ihre Anschläge als „Protest“ verharmlost. Dies verkennt, dass sich der modus operandi dieser Gruppierungen schon seit Wochen von bürgerlichen Protestformen massiv entfernt, sich vor allem zunehmend radikalisiert hat und auch der Anzahl nach neue Ausmaße annimmt. Mit dieser verharmlosenden Sichtweise wird auch der Grad der Vernetzung und die dadurch gewonnene Schlagkraft gegen die Sicherheitsbehörden verkannt.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Gruppierungen in die Bahnen rechtsstaatsgemäßen Protests zurückfinden; stattdessen kündigen sie immer weitere Anschläge an.⁵ Als Terroristen sind sie fasziniert von dualistischen Extremen: Tod oder Leben, Rettung oder Untergang. Sie treibt dabei ein erbarmungsloser Hass gegen alle, die auf rationale Handlungen setzen und auf demokratische Prozesse bestehen. – Es sind extremistische Auswüchse einer Stimmung, deren gesellschaftliche Basis der Mythos vom baldigen Klimatod der Erde ist.

Viel zu lange hat der Staat unter falscher Rücksichtnahme auf vorgeblich richtige Motive gezögert. Viel zu lange haben auch die Medien Vorfeldorganisationen wie „Fridays For Future“, deren Protagonistin Luise Neubauer oft genug ihr totalitäres Denken zum Ausdruck gebracht hat⁶, hofiert. Entschiedene Gegenwehr ist gefragt! Sie beginnt mit der richtigen Diagnose und der Entschließung des Landtags, die bisherigen Anschläge als extremistische Akte strengstens zu verurteilen.

Zugleich ist die Staatsregierung gefordert, endlich – in allen Ressorts – die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um künftige Anschläge zu verhindern. Dabei müssen die Möglichkeiten des Rechtsstaats noch entschiedener als bisher genutzt werden, indem insbesondere geprüft wird, ob die unmittelbar an den Anschlägen beteiligten Personen wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verfolgt werden können. Sämtliche Vorfeldorganisationen sind (einschließlich unterstützender Strukturen in Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen) konsequent zu ermitteln, soweit sie vereinsrechtlich organisiert sind, müssen diese verboten, in jedem Fall muss ihre Finanzierung erforscht und trockengelegt werden. Auch braucht es weit gefächerte Präventivmaßnahmen in Schulen und im Vereinswesen. Schließlich müssen die Kommunen rechtlich darin unterstützt werden, dass den extremistischen Gruppierungen keine öffentlichen Räume für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

⁵ https://rp-online.de/politik/deutschland/letzte-generation-will-aktionen-ausweiten_aid-80128919

⁶ <https://www.watson.de/nachhaltigkeit/interview/560048716-luisa-neubauer-verteidigt-klimaprotest-der-letzten-generation>